

www.taz.de, redaktion@taz-bremen.de, Tel. 960 260, Trägerdienst Tel. 36 71 66 77



Topographisch und historisch ein passender Mahnmal-Ort: die Arkaden, 1939 noch mit Hafenkranen
Foto: Bremer Zentrum für Baukultur

Vorentscheidung über Mahnmal-Standort?

Am Tiefer oder an der Schlachte – für das „Arisierungs“-Mahnmal gibt es zwei mögliche Standorte. Der jeweils anvisierte Prüfmodus könnte allerdings einen schon ausschließen

Von Henning Bleyl

Für das Bremer „Arisierungs“-Mahnmal gibt es nun offiziell zwei Standort-Optionen: Die Kulturdeputation hat am Donnerstag einen entsprechenden Bericht des Ressorts zur Kenntnis genommen. Nach den Schlachte-Stufen soll nun auch ein möglicher Standort am Tiefer geprüft werden: etwas weserabwärts des Theaterschiffs, zwischen Kaiserbrücke und Weserarkaden. Fraglich ist allerdings, ob die Tiefer-Option angesichts sehr hoch angesetzter Prüfkosten tatsächlich eine Chance hat.

Das Mahnmal thematisiert die materielle Dimension der Judenverfolgung, deren Bedeutung für die breite Zustimmung zur „rassistischen“ Verfolgung und letztlich für die Stabilität des NS-Staates: Das „Dritte Reich“ funktionierte auch als Beutegemeinschaft.

Jeder Ort in Deutschland hätte daher Anlass, ein „Arisierungs“-Mahnmal zu diskutieren. Bremens besondere Rolle in diesem Kontext bezieht sich auf die Logistik der „Verwertung“ jüdischen Eigentums. Dazu gehört die erzwungene Massenwanderung über Bremerhaven, wo viele Flüchtlinge ihr Eigentum zurücklassen mussten – und insbesondere die monopolhafte Stellung der Spedition Kühne+Nagel beim Abtransport jüdischen Eigentums aus dem besetzten Westeuropa. Bremen

war seinerzeit Hauptsitz des Logistik-Konzerns. Mehrheits-eigner Klaus-Michael Kühne führt den Erinnerungsbedarf eindringlich vor Augen, indem er beharrlich die NS-Profiten seines Unternehmens bagatellisiert. Anfangs wurden diese sogar komplett gelehnet.

All das gerät angesichts der breit diskutierten Frage nach dem Standort für das Mahnmal gelegentlich in den Hintergrund. Auf einer nächtlichen Sitzung hatte sich der Koalitionsausschuss der vorigen Regierung für den Einbau in die Schlachte-Sitzstufen ausgesprochen, als scheinbar einzig möglichen Kompromiss.

Der allerdings birgt zwei Probleme: Es handelt sich um

einen bereits intensiv genutzten Ort. Und der Mahnmalentwurf lässt sich dort nur eingeschränkt umsetzen. Er besteht aus zwei rechtwinklig aufeinander treffenden Sichtachsen,

Die Künstlerin favorisiert eine Realisierung ihres Entwurfs am Tiefer

benötigt daher eine möglichst hohe Geländekante.

Evin Oettinghausen, von der der Entwurf stammt, macht sich daher gemeinsam mit der jüdischen Gemeinde und der Mahnmal-Initiative, die aus der taz

entstanden ist, für eine Prüfung des Standorts am Tiefer stark. Auch der zuständige Ortsbeirat Mitte signalisierte Zustimmung. Das fand Eingang in den neuen Koalitionsvertrag, der eine „gleichwertige“ Prüfung beider Orte fordert.

Doch laut Kulturreport können die bereits bewilligten 50.000 Euro allein für die Schlachte-Planung ausgegeben werden. Für die Prüfung am Tiefer seien weitere 60.000 Euro erforderlich. Eine leicht finanzierbare Vorprüfung, wie sie an der Schlachte als ohnehin notwendige Planungsvorbereitung durchgeführt wurde, lehnt das Ressort für den Tiefer ab, mit einer überraschenden Begründung: Von den per Schlachte-Vorprüfung ermittelten Gesamtkosten von 660.000 Euro könne es Abweichungen „um mehrere Hunderttausend Euro“ geben.

Dennoch basiert auf eben dieser Vorprüfung der gesamte weitere Planungsprozess, der für die Schlachtestufen durchgezogen werden soll. Synergien mit der im Sommer anstehenden Arkadensanierung am Tiefer, für die 1,2 Millionen Euro aus Bundesmitteln zur Verfügung stehen, werden somit sehr unwahrscheinlich.

Der Autor engagiert sich seit 2015, ursprünglich als taz-Redakteur, für das „Arisierungs“-Mahnmal



An der Schlachte: Mahnmal statt Freibautendorf? Foto: Henning Bleyl

Etwas weniger PrivatschülerInnen

Der Anteil von Kindern, deren Eltern in Bremen Schulgeld zahlen, ist in den letzten Jahren leicht gesunken

Von Eiken Bruhn

Der Anteil von Schülern und Schülerinnen, die in Bremen eine Privatschule besuchen, nimmt leicht ab. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der FDP-Fraktion hervor, die diese Woche auch die Bürgerschaft beschäftigen wird. Danach stieg der Anteil zwischen dem Schuljahr 2010 und 2013 von 9,9 Prozent auf 10,4 Prozent und sank seitdem kontinuierlich auf 9,2 Prozent in diesem Schuljahr. Dabei besuchten prozentual vor allem weniger Grundschulkindern eine schulgeld-

pflichtige Schule, im Oberstufenbereich stieg der Anteil bis 2017 an und liegt derzeit bei 12,1 Prozent.

Laut Senat gab es seit 2007 Anfragen von 13 Trägern, die eine neue Privatschule gründen wollten. Umgesetzt wurden nur drei Vorhaben, bei zwei von ihnen ist die katholische Kirche der Geldgeber – neben dem Staat. Die dritte Schulneugründung ist die Freie Gemeinschaftsschule in Sebaldsbrück, für die Klassen fünf bis zehnte. Die Gründer*innen dieser Schule wollten ursprünglich eine Grundschule eröffnen und scheiterten in mehreren Anläufen.

Private Grundschulen haben in Bremen nur eine Erfolgsaussicht, wenn sie konfessionsgebunden oder anthroposophisch ausgerichtet sind. Diese Erfahrung machten auch die Eltern im Verein Entfaltungspunkte, die sich nach Auskunft des Senats im vergangenen Jahr mit Gründungsabsichten an ihn wendeten. „Uns wurde schnell klar, dass wir hier chancenlos sind“, so ein Vorstandsmitglied zur taz. Der Verein will jetzt ins Umland ausweichen.

Drei von vier Bremer Privatschüler*innen besuchen eine christliche Schule, die meisten eine katholische oder evangelikale.

das wetter

Ein „verdächtiger Gegenstand“ in einem Linienbus hat am Donnerstag für eine fünfständige Sperrung am Bahnhofsvorplatz gesorgt. Die stets wachsame Polizei fand heraus: Es handelte sich um eine mit einer „ungefährlichen Flüssigkeit“ gefüllte Plastikflasche. Ähnlich wässrig: 8 Grad, Regen

leserInnenbriefe

Von Verkehrswende nichts zu spüren

„Bremen weiter klamm“, taz Bremen vom 28. 11. 19
Wann kommen die Fahrradbrücken? Wann kommen die Radschnellwege? Wann kommt billiger ÖPNV? Von der von allen Parteien der Landesregierung vertretenen Verkehrswende für Bremen ist nichts zu spüren. Im Gegenteil, es kam zur Erhöhung der Fahrpreise der BSAG. Rudolf Fissner, taz.de

Keine Mittel für Sozialprojekt

„Bremen weiter klamm“, taz Bremen vom 28. 11. 19
Würde Herr Strehl sich mit seiner Kollegin Stahmann unterhalten, würde er erfahren können, dass es vor weniger als einer Woche eine Absage an ein Kultur-Sozial-Projekt gegeben hat. Die Begründung: Es wären hierfür zurzeit keine Mittel im Haushalt vorgesehen. Sollte die Förderung aus Sicht von Herrn Strehl nur daran scheitern, dass der Antrag fehlt, dann einfach bei Frau Stahmann nachfragen, die weiß sicher, was ich meine. Olav van Gerven, taz.de

Auflage wenigstens ehrlich



taz bremen
Pieperstr. 7
28195 Bremen
briefe@taz-bremen.de
www.taz.de

Die Redaktion behält sich Abdruck und Kürzen von Leserbriefen vor. Die veröffentlichten Briefe geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

weltschmerz auf der hühnerleiter

